

I- 3242 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 6. Feb. 1974 No. 1614/J

A n f r a g e

der Abgeordneten WESTREICHER
und Genossen
an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend BÜRGES.

Die ÖVP-Abgeordneten Dr.Keimel, Dkfm.Gorton, Dr.Mussil und Genossen haben am 14.6.1972 einen Antrag auf Abänderung der BÜRGES-Richtlinien eingebracht. Darin werden Sie und der Herr Bundesminister für Finanzen ersucht, die Richtlinien für den Bürgschaftsfonds der Kleingewerbe-Kreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie Ges.m.b.H. dahingehend abzuändern, daß der wirtschaftlichen Zielsetzung entsprechend neben der Übernahme von Bürgschaften primärer Zweck die Kreditkostenverbilligung für Klein- und Mittelbetriebe - wie bisher schon praktisch gehandhabt - bleibt bzw. wird.

Darüber hinaus ist es heute nicht mehr möglich, Kredite mit einer Verzinsung von 8 % bei den Banken zu bekommen, sodaß die Richtlinien auf einen höheren Zinssatz abgestellt werden müssen. Diese Maßnahmen würden eine echt offensive Fremdenverkehrspolitik bedeuten.

Aus allen diesen Gründen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

A n f r a g e :

- 1.) Sind Sie bereit, im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister die Richtlinien der BÜRGES dahingehend zu ändern, daß der wirtschaftlichen Zielsetzung entsprechend neben der Übernahme von Bürgschaften primärer Zweck die Kreditkostenverbilligung für Klein- und Mittelbetriebe bleibt bzw. wird?
- 2.) Sind Sie weiters bereit, bei einer Änderung der Richtlinien vorauszusetzen, daß auch Kredite mit einem höheren Zinssatz als 8 % durch diese Aktion gefördert werden können?
- 3.) Werden Sie dann auch bei einem höheren Zinssatz die Kreditkosten - wie bisher - stützen, sodaß für den Kreditnehmer höchstens ein Zinssatz von 5 % verbleibt?